



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Manfred Groh, MdL · Haus der Abgeordneten · 70173 Stuttgart

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-985
Telefax: 0711 2063-14-985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Karlsruher Straße 88
76139 Karlsruhe (Hagsfeld)

Tel. 0721/25519-95 / 96
Telefax: 0721/25519-97
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Karlsruhe, den 26.09.2011

Rohstoffversorgungssicherheit stärker in den Vordergrund heben

Mit seinem Antrag zum Thema Rohstoffsicherheit (Drucksache 15/336) unterstreicht Manfred Groh die herausragende Bedeutung dieses Themas. Seiner Meinung nach birgt ein Anstieg von Rohstoffpreisen neben steigenden Energiekosten die größte Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Maßgeblich für den in den vergangenen Wochen und Monaten zu verzeichnenden deutlichen Anstieg der Rohstoffpreise ist auch die steigende Nachfrage in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien. Die Gesamtentwicklung an den Rohstoffmärkten wird dabei maßgeblich von der Nachfrageseite beeinflusst. Schwankungen der Weltwirtschaft führen somit zu Boom- und Baissephasen auf den Märkten. Die aktuelle Hochphase macht dabei nicht nur großen Industriebetrieben zu schaffen. Vielmehr sind auch viele Mittelständler von der aktuellen Entwicklung betroffen. Zu den Betroffenen zählen dabei nicht nur Zulieferer für unterschiedliche Industriezweige, sondern beispielsweise auch Zahnärzte, die die höheren Kosten für Kronen usw. an ihre Patienten weiterleiten.

Sorge bereitet Manfred Groh jedoch nicht nur die Preisentwicklung. Aufgrund der weltweit ungleichen Verteilung von Rohstoffvorkommen ist eine Tendenz bei einigen Förderländern zu erkennen, wonach strategisch wichtige Rohstoffe zunehmend durch künstlich erzeugte Marktbeschränkungen vom Weltmarkt ferngehalten werden. Dieser aufkommende, politisch motivierte Ressourcennationalismus ist dabei nicht nur beim Erdgas, sondern auch bei sogenannten seltenen Erden und weiteren Rohstoffen festzustellen. Konkrete Merkmale hierfür sind u.a. die Erhebung von Ausfuhrzöllen, Mengenbeschränkungen oder Hemmnisse bei der Erschließung von neuen

Lagerstätten durch ausländische Unternehmen. Nicht selten werden diese Hürden auch als politisches Druckmittel von den betreffenden Rohstoffexportländern eingesetzt.

Mit Blick auf eine politische Unterstützung von baden-württembergischen Unternehmen in diesem Bereich macht der Antrag eine Verschiebung der Prioritäten seitens der Landesregierung deutlich. Während bislang die Vermittlung von Auslandskontakten ein wichtiges Ziel zur Gewährleistung der Rohstoffversorgungssicherheit darstellte, spielt dieses Instrument fortan nur noch eine untergeordnete Rolle. Die neuen Schwerpunkte bilden nun Maßnahmen zur Stärkung der Ressourceneffizienz sowie zur Förderung der Umwelttechnologie. Manfred Groh bewertet diese Neuorientierung insbesondere beim Thema Ressourceneffizienz grundsätzlich als positiv. Die Landesregierung folgt damit zum einen der Linie der Vorgängerregierung, zum anderen den Vorgaben des Europäischen Rates von 2007, welcher ehrgeizige energie- und klimaschutzpolitische Ziele formulierte. Dennoch fordert er ein ganzheitliches Konzept zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die bereits angesprochene zunehmende Verbreitung des Ressourcennationalismus, welchem durch Energieeffizienzmaßnahmen allein nicht abgeholfen werden kann. Durch enge politische Kontakte sowie durch die Vereinbarung von zwischenstaatlichen Abkommen, als Ergänzungsmaßnahme, kann so den Unternehmen in gewissem Umfang Sicherheit und Verlässlichkeit bei der hinsichtlich des Zugangs und des Wettbewerbs verschaffen.